

Niederschrift

über die 34. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses
am 20.02.2003 im Kleiner Sitzungssaal des Neuen Rathauses

An der Sitzung nehmen folgende Stadtverordnete (StV), Sachkundige Bürgerinnen / Bürger (SB) bzw. Sachkundige Einwohner (SE) teil:

Gunia, Wolfgang	Ausschussvorsitzender 16:00 - 18:21 Uhr
Schmitz, Peter,	StV und Ausschussvorsitzender ab 18.21 Uhr
Bochem, Hans-Peter,	StV
Borowski, Helma,	StV 16:00 - 20:31 Uhr
Doose, Friederike,	StV
Esser-Faber, Margarete,	StV
Fink, Ulrike,	StV
Hövelmann, Jens,	StV abwesend
Stauch, Ingrid,	StV
van Snick, Doris,	StV
Viertmann, Karl,	StV 16:00 - 19:20 Uhr
Dohmen, Martina,	SB 16:00 - 19:30 Uhr
Gundelach, Klaus,	SB 16:00 - 17:03 Uhr
Hintzen, Ulrich,	SB
Kieven, Ansgar,	SB 16:00 - 19:45 Uhr
Lorscheid-Kratz, Kathleen,	SB abwesend
Sauer, Karl,	SB
Viehöfer, Hildegard,	SB
Talarek, Anke,	StV mit beratender Stimme 18:03 - 20:38 Uhr
Gödde, Günter,	Vertreter der Kirchen mit beratender Stimme abwesend
Dr. Kreßner, Thomas,	Vertreter der Kirchen mit beratender Stimme abwesend
Wirth, Beate,	SE
Laufs, Jürgen,	SB als Vertreter für StV Talarek, 16:00 - 18:03 Uhr
Neuenhoff, Claus Hinrich,	StV als Vertreter für Jens Hövelmann
Pott, Hildegard,	StV als Vertreterin für SB Lorscheid-Kratz 16:00 - 19.35 Uhr

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Dezernent Krause als Vertreter des Bürgermeisters
Herr Holz zugleich als Schriftführer
Frau K. Esser bis TOP 8
Herr Heuter zu TOP 9

Der Vorsitzende eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss beschlussfähig ist.

Er schlägt vor, den TOP 6 an den Anfang vorzuziehen. Des weiteren schlägt er vor, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den TOP 9, städtische Übergangsheime für Flüchtlinge, zu erweitern und

erforderlichenfalls die Beratungen im nichtöffentlichen Teil fortzuführen. Der Ausschuss ist hiermit einstimmig einverstanden.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung dieser Erweiterung wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
- 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- 1.1. Ergänzung der Niederschrift des Ausschusses für Soziales, Schule, Kultur und Sport vom 16.07.2002
- 1.2. Spielplatzbedarfsplanung
- 1.3. Erstes Anwohnertreffen Stetternich, Spielplatz „Auf der Klause II“
- 1.4. Mädchentag 2003
- 1.5. Anzahl der Kinder ausländischer Flüchtlinge in Jülich
- 1.6. Gemeinnützige Arbeit für Sozialhilfeempfänger
- 1.7. Vorschulische Spracherziehung
- 1.8. Grundsicherung
- 1.9. Freibad
- 1.10. Änderung des Lernmittelfreiheitsgesetzes
- 1.11. Neustrukturierung/Neuorganisation im Bereich Kultur, Freizeit und Stadtentwicklung (Antrag Nr. 1/2002 der CDU-Fraktion und der F.D.P.Fraktion im Rat der Stadt Jülich vom 17.01.2002 sowie Antrag Nr. 43/2001 der SPD-Stadtratsfraktion vom 10.11.2001)
- 1.12. Jugendschutzveranstaltung am Weiberfastnachtstag, sonstige Veranstaltungen im Schlossplatz-Zelt
- 1.13. Raumbedarf und Raumnutzung für das Stadtarchiv
- 1.14. Bürgerpreis für soziales Engagement 2003
- 2. Anfragen
- 3. Wirksamkeitsdialog des Kreises zur offenen Kinder- und Jugendarbeit
hier: Das städtische Jugendheim
- 4. Bericht: Schlosskonzertreihe 2003/04
- 5. Straßenbenennung im Ortsteil Bourheim
- 6. Jahrespraktikanten/Jahrespraktikantinnen (JP) in Kindergärten;
hier: Bericht der Verwaltung
- 7. Kindergartenplätze im Planungsbereich Barmen/Koslar/Merzenhausen;
hier: Bericht der Verwaltung
- 8. Offene Ganztagschule
Antrag Nr. 3 der SPD-Stadtratsfraktion vom 05.02.2003
- 9. Städtische Übergangsheime für Flüchtlinge

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

6. Jahrespraktikanten/Jahrespraktikantinnen (JP) in Kindergärten;
hier: Bericht der Verwaltung
(Vorlagen-Nr.: 29/2003)

In der eingehenden Diskussion wird für die SPD-Fraktion darauf hingewiesen, dass es ihr bei einer Entscheidung über den Einsatz von JP weniger um den möglichen Einspareffekt gehe, als viel mehr darum, die pädagogische Arbeit in den Kindergärten zu stützen.

Der Ausschussvorsitzende regt an, die bisher beabsichtigte Vorgehensweise einzuhalten und über den Einsatz von JP in den Haushaltsberatungen zu entscheiden.

Vertreter aller Parteien sprechen sich einhellig dafür aus, dass JP in den städt. Kindergärten eingestellt werden sollen, wenn dies finanziell machbar sein sollte.

Im übrigen nimmt der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abschließend weist StV Kieven darauf hin, dass nach seiner Einschätzung zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen, die voraussichtlich erst Mitte Mai beginnen, keine JP mehr verfügbar sein werden.

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
1.1. Ergänzung der Niederschrift des Ausschusses für Soziales, Schule, Kultur und Sport vom
16.07.2002
(Vorlagen-Nr.: 69/2003)

In der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Schule, Kultur und Sport vom 16.07.2002 fehlte irrtümlich zu TOP 2 „Anfragen“ bei der Stellungnahme der Verwaltung die Beantwortung der Frage 4. Diese lautete wie folgt:

„Die Bearbeitungsdauer der Einbürgerungsanträge ist von vielen Kriterien abhängig (z.B. Mitwirkung des Einbürgerungsbewerbers, Entlassungsmodalitäten des Heimatstaates, Nachprüfung der deutschen Sprachkenntnisse). Die Bearbeitungsdauer der Einbürgerungsanträge bei der Stadt beträgt z. Z. für Regelfälle ca. 4 Monate. Es ist nach Aufarbeiten der vorhandenen Rückstände eine Bearbeitungszeit von 2 Monaten angestrebt.

Über die Bearbeitungszeit der Einbürgerungsanträge bei der Kreisverwaltung können von hier keine Angaben gemacht werden.“

- 1.2. Spielplatzbedarfsplanung
(Vorlagen-Nr.: 51/2003)

Die Spielplatzbedarfsplanung wird - wie in der Sitzung des KuSSS am 24.09.2002 unter Top 6 mitgeteilt – voraussichtlich Mitte diesen Jahres abgeschlossen sein. Die Kinderzahlen in den Einzugsbereichen sind erhoben und ausgewertet.

Das Radwegenetz und die Aufstellung der Spielstrassen bzw. verkehrsberuhigten Zonen sind im Rahmen des Kinderstadtplans vorhanden.

Mit Hilfe anderer Ämter werden Informationen über die Nutzung von Schulhöfen am Nachmittag, Brachflächen, Grünflächen, Sport- und Bolzplätzen zusammengestellt. Die unterschiedlichen Informationen über Richtlinien zur Spielplatzplanung werden zur Zeit sondiert.

1.3. Erstes Anwohnertreffen Stetternich, Spielplatz „Auf der Klausse II“
(Vorlagen-Nr.: 53/2003)

Am 28. Januar 2003 fand ein 1. Anwohnertreffen für den Neubau des Spielplatzes „Auf der Klausse II“ in Stetternich statt. Den 15 Teilnehmern/innen wurde der Sachstand der derzeitigen Haushaltslage mitgeteilt. Einvernehmlich einigten sich die Beteiligten darauf, zu einem weiteren Treffen mit Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erst einzuladen, wenn der finanzielle Rahmen geklärt ist. Bis dahin wollen die Anwohner für eine spätere Beteiligung an der Planung des Spielplatzes interessante bestehende Spielplätze und deren Kosten kennen lernen, um eine Vorstellung für mögliche Ideen auf der Spielplatzfläche „Auf der Klausse II“ zu entwickeln.

Die Bereitschaft der Eigeninitiative und Sponsorensuche ist grundsätzlich vorhanden.

1.4. Mädchentag 2003
(Vorlagen-Nr.: 52/2003)

Der Arbeitskreis „Mädchentag“ aus dem Netzwerk „kinder- und familienfreundliche Stadt Jülich“ hat aufgrund des Erfolgs des 1. Mädchentages 2002 beschlossen, den Mädchentag auch in 2003 wieder stattfinden zu lassen. Die Mädchen werden das Alte Rathaus und die Räume der VHS am 19. Juli 2003 für sich erobern.

In diesem Jahr hat sich der Kreis der Organisatorinnen noch erweitert und die Referentin-nen sind auch wieder zu einer ehrenamtlichen Mitarbeit bereit, so dass ein reichhaltiges und gut organisiertes Programm auf die Mädchen ab 10 Jahre warten wird.

1.5. Anzahl der Kinder ausländischer Flüchtlinge in Jülich
(Vorlagen-Nr.: 45/2003)

Ergänzend zur Mitteilung über die Anzahl der ausländischen Flüchtlinge in Jülich in der letzten Sitzung des Ausschusses wird mitgeteilt, dass zum 31.01.2003 in Jülich insgesamt 235 ausländische Flüchtlinge leben. Darin sind 99 Kinder unter 18 Jahren enthalten. 46 dieser Kinder stammen aus dem ehem. Jugoslawien.

1.6. Gemeinnützige Arbeit für Sozialhilfeempfänger
(Vorlagen-Nr.: 58/2003)

Seit dem 1.1.2003 wird die zusätzliche freiwillige Leistung der Stadt für bewährte Teilnehmer an der gemeinnützigen Arbeit für Sozialhilfeempfänger von 0,51 €/Std. nicht mehr gezahlt. Sie erhalten jetzt – wie alle Teilnehmer - nur noch 1,02 €/Std., die je zur Hälfte vom örtlichen Sozialhilfeträger und der Stadt finanziert werden.

Für das Jahr 2003 war für diese zusätzliche Leistung ein Haushaltsansatz von 7.000,00 € vorgesehen. Davon wurden 622,84 € für bereits in 2002 geleistete Arbeit ausgezahlt. Der Rest könnte eingespart werden. In 2002 wurden 5.414,19 € an zusätzlichen städtischen Leistungen ausgezahlt.

Von den ursprünglich 14 Teilnehmern an der gemeinnützigen Arbeit mit zusätzlicher Leistung stellten 5 Personen aufgrund der Kürzung ihre Arbeit ein. Der Rest arbeitet auch zu den reduzierten Konditionen weiter. ES wird zurzeit geprüft, den wirklich bewährten Mitarbeitern im Projekt „Gemeinnützige Arbeit“ eine Leistungszulage im bisherigen Umfang zu gewähren.

Ferner wird über ein Projekt, das sich aus Job-com-Mitteln refinanziert, nachgedacht.

Für die nächste Sitzung des Ausschusses ist ein ausführlicher Bericht über die in der Vergangenheit durchgeführte gemeinnützige Arbeit beabsichtigt.

1.7. Vorschulische Spracherziehung
(Vorlagen-Nr.: 61/2003)

Wie in der Sitzung am 28.11.2002 unter TOP 7. (Vorlagen-Nr.: 498/2002) berichtet, ist ein Antrag auf Bezuschussung des Sprachunterrichtes für Kinder gestellt worden, die ein halbes Jahr vor der Einschulung einer ergänzenden Förderung des Spracherwerbs bedürfen.

Anfang Februar ist der entsprechende Zuwendungsbescheid über eine Fördersumme von 1.534,- € eingegangen. Die Verwaltung strebt an, dass dieser Kursus bis Mitte März - wie berichtet - im Kindergarten Buchenweg beginnen kann.

1.8. Grundsicherung
(Vorlagen-Nr.: 64/2003)

In der letzten Sitzung des Ausschusses wurde mitgeteilt, dass ein Sachbearbeiter der Grundsicherungsstelle erkrankt ist. Dessen Krankheit dauert weiter an. Z.Z. ist nur eine Sachbearbeiterin mit 10 Wochenstunden in dem Sachgebiet eingesetzt, die nahezu ausschließlich den anfallenden Publikumsverkehr erledigt. Es ist deshalb zu einem Bearbeitungsstau gekommen.

Ab heute ist durch interne Umsetzung innerhalb des Sozialamtes eine zusätzliche Sachbearbeiterin im Sachgebiet Grundsicherung eingesetzt. Es wird davon ausgegangen, dass sich durch diese Maßnahme die bestehenden Rückstände abbauen lassen.

1.9. Freibad
(Vorlagen-Nr.: 71/2003)

Die Bäderkommission hat sich am 18.02.2003 u.a. mit der Frage beschäftigt, ob und inwieweit die Haushaltsmittel für den Betrieb des Freibads in diesem Jahr vor Erlass des Haushalts und im Rahmen eines HSK bereitgestellt werden können. Um die Betriebseröffnung Ende Mai/Anfang Juni zu ermöglichen, wäre eine Mittelbereitstellung bereits in der Zeit der Übergangswirtschaft erforderlich.

Der Haupt- und Finanzausschuss wird am 13.03.2003 mit der Angelegenheit befasst. Es sollen zunächst Mittel für eine Statiker-Untersuchung bereitgestellt werden, um die Betriebsfähigkeit

des Nichtschwimmerbeckens festzustellen. Der Stadtrat wird Ende März abschließend entscheiden.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass er über einen Zeitungsartikel irritiert sei, in dem die Verwaltung angeblich erklärt habe, die Fa. low-tec sei bezüglich des Freibadbetriebes noch im Gespräch. Die Bäderkommission habe den Eindruck gehabt, dass die Pläne von low-tec nicht begrüßt werden und die Fa. als Betreiberin nicht mehr in Frage käme.

Dezernent Krause erklärt, dass die Darstellung in der Presse so von der Verwaltung nicht abgegeben wurde. In der Zwischenzeit habe die Fa. low-tec aber mitgeteilt, dass sie prüfe, ob von ihr alle Auflagen erfüllt werden können.

1.10. Änderung des Lernmittelfreiheitsgesetzes
(Vorlagen-Nr.: 59/2003)

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung zu dem Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen sieht in Art. 9 (Änderung des Lernmittelfreiheitsgesetzes) eine Anhebung des Elternanteiles von bisher 33% auf 49% sowie folgende Änderung der Durchschnittswerte für die Beschaffung von Schulbüchern vor:

	bisher	neu
Grundschüler	27,10 €	36,00 €
Hauptschüler	58,60 €	78,00 €
Realschüler	58,60 €	78,00 €
Gymnasium Sek I	58,60 €	78,00 €
Gymnasium Sek II	53,69 €	71,00 €
Sonderschüler Primarst.	24,54 €	36,00 €
Sonderschüler Sek I	56,24 €	78,00 €

Für den Haushalt 2003 sind 107.000,- € als Anteil der Stadt für die Beschaffung von Schulbüchern gemeldet. Hinzu kommen rd. 3.900,- € für Kinder von Eltern, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen. Die Bücher für diese Kinder muss die Stadt zahlen.

Obwohl es sich um ein Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen handelt, werden die Einsparungen der Stadt aufgrund der höheren Beteiligung der Eltern durch die Anhebung der Richtsätze überkompensiert = rd. 2.000,- € Mehrkosten für alle Schulen.

Weiterhin sieht der Gesetzesentwurf eine antragsgebundene Härteklausele vor. Danach soll der Eigenanteil im Einzelfall auf Antrag ganz oder teilweise entfallen, soweit die Beschaffung für die Eltern oder die volljährigen Schüler im Verhältnis zum Einkommen unter Berücksichtigung besonderer Umstände zu einer sozialen Unverträglichkeit führt. Das Nähere sollen die Schulträger durch Satzung für ihre Zuständigkeitsbereiche regeln.

Besondere Umstände können beispielhaft mehrere schulpflichtige Kinder, erhöhte Unterhaltskosten bei Krankheit oder Behinderung eines Kindes sein, aber auch längerfristige Erkrankung oder Arbeitslosigkeit der Eltern.

Bedenkt man, dass die Eltern eines Grundschulkindes durch das neue Gesetz monatlich zusätzlich mit 75 Cent belastet werden (insgesamt dann mit rd. 1,50 €Monat), wird der Verwaltungsaufwand für die Härteklausel diese Summe um ein Vielfaches übersteigen.

Der Gesetzesentwurf wurde mehrfach zwischen Regierung und Städte- und Gemeindebund diskutiert.

Ob die Härteklausel im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens gestrichen wird, bleibt abzuwarten.

Nach Auskunft des Städte- und Gemeindebundes kann davon ausgegangen werden, dass die Beträge wie dargestellt geändert werden. Über das Gesetz insgesamt wird wahrscheinlich nicht vor Mai entschieden.

Der Ausschuss wird weiter unterrichtet.

- 1.11. Neustrukturierung/Neuorganisation im Bereich Kultur, Freizeit und Stadtentwicklung (Antrag Nr. 1/2002 der CDU-Fraktion und der F.D.P.Fraktion im Rat der Stadt Jülich vom 17.01.2002 sowie Antrag Nr. 43/2001 der SPD-Stadtratsfraktion vom 10.11.2001)
(Vorlagen-Nr.: 57/2003)

Der KuSSS-Ausschuss hatte gebeten, ihn bei der weiteren Beratung dieses Themas einzuschalten.

Dies ist zur Sitzung am 20.02.2003 noch nicht möglich, weil das Konzept der Beraterfirma nicht vorlag. Es ist beabsichtigt, dieses in den Haupt- und Finanzausschuss am 13.03.2003 einzubringen. Falls nach wie vor eine Beratung dieses Themas im KuSSS erwünscht ist, könnte dies wie folgt geschehen:

1. Der KuSSS könnte nach dem Grundsatzbeschluss des Rates am 27.03.2003, aber vor dem Gründungsbeschluss (einige Wochen später) sich mit dem Thema befassen und KuSSS-Mitglieder könnten zum Haupt- und Finanzausschuss am 13.03.2003 beigelegt werden, um sie informell frühzeitig einzubinden. (Ein Votum des KuSSS ist dann nicht vorgesehen.)

oder:

2. Durchführung einer Sondersitzung des KuSSS am 10., 11. oder 12.03.2003.

Der KuSSS-Ausschuss möchte über die Angelegenheit vor dem Stadtratsbeschluss beraten. Er stimmt zu, dass die Fraktionen vorher Gelegenheit haben, das Thema zu beraten.

- 1.12. Jugendschutzveranstaltung am Weiberfastnachtstag, sonstige Veranstaltungen im Schlossplatz-Zelt
(Vorlagen-Nr.: 72/2003)

In Artikeln der Jülicher Zeitung wurde in den letzten Tagen mehrmals behauptet, ein städtischer Angestellter betreibe in dem von der Stadt angemieteten Zelt auf dem Schlossplatz Privatveranstaltungen.

Diese Meldungen sind insoweit falsch, als es sich nicht um einen städtischen Angestellten handelt. Herr Mommertz ist seit Jahren freier Mitarbeiter des Jugendheimes – auf Honorarbasis. Er leistet Projektarbeit im Umfange von etwa 4 Stunden wöchentlich (EDV-Kurse, früher Sport-Kurse). Jahrelang hat er in Begleitung des Jugendheimleiters auf ehrenamtlicher Basis die Jugendschutzveranstaltung mit betreut.

Die Formulierung in den Zeitungsartikeln „städtischer Angestellter“ entbehrt also jeglicher Grundlage.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, in Zukunft derartige Veranstaltungen vorher mit allen Jülicher Karnevalsvereinen (einschl. der Stadtteile) abzustimmen.

1.13. Raumbedarf und Raumnutzung für das Stadtarchiv
(Vorlagen-Nr.: 60/2003)

Im KuSSS vom 05.12.2002 wurde beschlossen, eine Raumlufthuntersuchung auf Pilzsporen in den drei Archivräumen im Keller des Alten Rathauses durchführen zu lassen.

Die Messungen sind am 05. Februar erfolgt, die Auswertung nimmt mehrere Wochen in Anspruch. Genaueres wird mitgeteilt, sobald die Ergebnisse vorliegen.

Die Prüfungen zur alternativen Unterbringung der Archivbestände in ungenutzten städtischen, in gewerblichen oder in industriellen Räumlichkeiten oder in solchen der Sparkasse sind noch nicht abgeschlossen. In dem im Umbau befindlichen Sparkassengebäude am Schwanenteich stehen ausreichende Flächen nicht zur Verfügung.

1.14. Bürgerpreis für soziales Engagement 2003
(Vorlagen-Nr.: 49/2003)

Der Kreis Düren verleiht auch in diesem Jahr wieder den „Bürgerpreis für soziales Engagement“. Mit diesem Preis zeigt der Kreis Düren, dass soziales Engagement für die Allgemeinheit nach wie vor von besonderer Bedeutung und unerlässlich für ein funktionierendes Miteinander ist.

Aufgrund der Vielzahl der verschiedenartigen sozialen Leistungen werden jeweils fünf Bürgerpreise in fünf verschiedenen Bereichen verliehen:

- Engagement für Seniorinnen und Senioren
- Engagement für ausländische Mitmenschen
- Engagement für Kinder und Jugendliche
- Engagement für kranke und behinderte Menschen
- Engagement für das Gemeinwesen

Mit dem Bürgerpreis sollen Personen, Gruppen oder Vereine, die sich ehrenamtlich und unentgeltlich über einen längeren Zeitraum durch herausragende, vorbildliche Leistungen im sozialen Bereich engagiert haben, öffentlich herausgehoben und geehrt werden. In Ausnahmefällen können auch herausragende Einzelleistungen geehrt werden.

Der Bürgerpreis soll zugleich zu eigenverantwortlichem, gemeinnützigem Handeln und zu sozialem Engagement für die Allgemeinheit ermutigen.

Alle Organisationen, Vereine, Kommunen sowie jede Bürgerin und jeder Bürger des Kreises Düren sind aufgerufen, sofern sie der Auffassung sind, dass in ihrem Umfeld eine ehrenwürdige Leistung erbracht wird, entsprechende Vorschläge mit einer ausführlichen schriftlichen Darstellung der Leistung bei der Kreisverwaltung Düren einzureichen.

Vorschläge sind bis zum 31. März 2003 an den Landrat des Kreises Düren, Kreistags- und Wahlbüro, 52348 Düren, Tel.: 02421 – 22 23 58, Fax: 02421 – 22 20 66, eMail: R.Butz@kreis-dueren.de, zu richten.

Die Auswahl der Preisträger trifft eine aus dem Landrat und Vertretern der Kreistagsfraktionen bestehende unabhängige Jury. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Preisverleihung findet am 13. Juni 2003 statt. Im Rahmen der öffentlichen Feierstunde werden die einzelnen Bürgerpreisträger durch den Landrat geehrt und erhalten als Dankeschön für ihr vorbildliches Engagement einen Geldpreis (250 €) und eine Urkunde.

1.15 Auf Anfrage teilt die Verwaltung mit, die Rektorstelle an der GGS-Ost sei noch nicht besetzt, weil das Verfahren sich üblicherweise über mehrere Monate hinzieht.

2. Anfragen

Es liegen keine Anfragen für den nichtöffentlichen Teil vor.

3. Wirksamkeitsdialog des Kreises zur offenen Kinder- und Jugendarbeit hier: Das städtische Jugendheim
(Vorlagen-Nr.: 38/2003)

Frau Esser erläutert die Neuerungen und beantwortet Nachfragen von Ausschussmitgliedern.

Es wird angeregt, zu prüfen, ob die Öffnungszeiten optimiert werden können. Des Weiteren soll die reale Frequentierung des Jugendheims über einen Zeitraum von etwa 3 Monaten ermittelt werden. Außerdem wird angeregt, dass alle Jugendheimleiter im Stadtgebiet ein abgestimmtes Konzept bezüglich Mädchenarbeit entwickeln sollen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Für die SPD-Fraktion wird erklärt, dass der Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen wird.

4. Bericht: Schlosskonzertreihe 2003/04
(Vorlagen-Nr.: 33/2003)

Von der SPD-Fraktion wird vorgeschlagen, nicht verkaufte Karten kurz vor den Veranstaltungen zu verbilligten Preisen an Jugendliche abzugeben. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Es wird angeregt, die Gruppenermäßigung für Schulklassen auch auf den Bereich Konzerte zu übertragen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Der Ausschuss für Soziales, Schule, Kultur und Sport nimmt das Programm der Schlosskonzertreihe 2003/04 zustimmend zur Kenntnis.

5. Straßenbenennung im Ortsteil Bourheim
(Vorlagen-Nr.: 30/2003)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Die im Ortsbereich Bourheim vom Schnittpunkt der Straßen „Am Schloss“ und „Linzenicher Weg“ nach Südosten abzweigende Straße erhält den Namen „Inselweg“.

7. Kindergartenplätze im Planungsbereich Barmen/Koslar/Merzenhausen;
hier: Bericht der Verwaltung
(Vorlagen-Nr.: 36/2003)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8. Offene Ganztagschule
Antrag Nr. 3 der SPD-Stadtratsfraktion vom 05.02.2003
(Vorlagen-Nr.: 48/2003)

Durch die SPD-Fraktion wird der Hintergrund des Antrages erläutert. Die Fraktionen der CDU und der FDP sehen die Einführung der offenen Ganztagschule eher skeptisch. Sie haben noch Informationsbedarf. Die CDU-Fraktion beantragt, die Verwaltung möge zunächst weitere Informationen liefern. Danach könne über den SPD- Antrag entschieden werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Die Verwaltung wird gebeten, in der nächsten Sitzung über die Sachlage bezüglich „Offene Ganztagschule“ zu berichten. Danach wird über den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion entschieden.

9. Städtische Übergangsheime für Flüchtlinge

Dezernent Krause erklärt, dass die Containeranlagen in Bourheim und Mersch schneller als ursprünglich vorgesehen geräumt werden.

Sprecher/innen aller Fraktionen bemängeln den anlässlich der Bereisung durch die Kommission vorgefundenen Zustand der Übergangsheime in Selgersdorf, Bourheim und Mersch. Die Mängel müssten schnellstens behoben werden und es sollte geprüft werden, ob personelle Konsequenzen gezogen werden.

Herr Heuter erläutert den baulichen Zustand der Anlagen. Der Unterhaltungsaufwand für das Heim in Selgersdorf sei aufgrund der Konstruktion und des Alters enorm hoch. In die Container

lohne sich nicht die geringste Investition mehr.

Im einzelnen wird aus dem Ausschuss vorgeschlagen,

- nicht benötigte elektrische Geräte vom Strom abzuklemmen und zu entfernen,
- den Schimmel in den gebrauchten Kühlschränken zu entfernen bzw. vorhandene beschädigte Kühlschränke sofort durch neue zu ersetzen,
- ein Berichtssystem für die Hausmeister und den Sozialarbeiter einzuführen,
- unverzüglich die Familien aus den Anlagen in Bourheim und Mersch herauszunehmen,
- in Zukunft keine Familien mehr in Containeranlagen unterzubringen, auch nicht in Güsten, weil dort überwiegend alleinstehende Männer wohnen,
- eine Gegenüberstellung zu fertigen, welche Kosten entstehen, wenn die Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden und wie hoch der derzeitige Aufwand für die Übergangsheime ist (Personal- und Sachkosten),
- sicherheitsrelevante Mängel sofort zu beseitigen,
- die Ursache für die Wassereinbrüche in den Decken festzustellen und sofort die Schadstellen beseitigen,
- die Wohnungen anzustreichen (unter Einbeziehung der Bewohner),
- durch die Hausmeister für die außerhalb des Stadtkerns liegenden Übergangsheime einen Einkaufsdienst für schwere Gegenstände (z.B. Getränkekästen) zu organisieren,
- festzustellen, wie viele Wohnungen in der Stadt leer stehen und für Flüchtlinge genutzt werden können (dabei ist darauf zu achten, dass nicht unbedingt jede Familie eine eigene Wohnung benötigt),
- auch in Zukunft in regelmäßigen Abständen eine Bereisung der Übergangsheime durch eine verkleinerte Ausschusskommission zu organisieren,
- festzustellen und mitzuteilen, wer für die Herstellung des Mülltonnen-Abstellplatzes in Selgersdorf verantwortlich ist,
- die Arbeitsplatzbeschreibungen (o.ä.) für den Flüchtlingsbetreuer und die Hausmeister den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Es wird eine Sitzungsunterbrechung von 17.03 Uhr bis 17.12 Uhr eingelegt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zukunft eine zuverlässige, kompetente und engagierte Betreuung, vor allem der Familien, sicherzustellen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

1. Der Ausschuss beschließt nach Bereisung der Unterkünfte durch die Kommission und ausführlicher Beratung im KuSSS-Ausschuss am 20.3.2003, die aufgezeigten Missstände abzustellen und vor allem die Familien aus den Containern anderweitig unterzubringen.
2. Familien sollen nicht mehr in Containern untergebracht werden.
3. In Zukunft soll eine regelmäßige Bereisung der Unterkünfte durch noch zu benennende

Mitglieder des KuSSS-Ausschusses erfolgen.

4. Sollten Stellen frei werden, sollen sie mit kompetenten Fachkräften neu besetzt werden.

B. Nichtöffentlicher Teil